

Bericht der Finanzkoordinationskommission (FiKoKo) zum Politikplan des Gemeinderats 2018 bis 2021

Bericht an den Einwohnerrat

Die Kommission hat den Politikplan des Gemeinderats 2018 bis 2021 an der Sitzung vom 21. November 2017 behandelt. Gemeinderat Christoph Bürgenmeier, Andres Ribi, Leiter Fachbereich Controlling, Reto Hammer, Abteilungsleiter Finanzen, und Jens van der Meer, Verwaltungsleiter, haben den Politikplan vorgestellt sowie die Fragen aus der Kommission kompetent beantwortet.

Die Kommission dankt dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleisteten Arbeiten am vorliegenden Politikplan.

Jahresergebnis 2017

Für das Jahr 2017 wird ein operatives Jahresendergebnis mit einem Gewinn von ca. 1 Mio. Franken erwartet. Nach der Neukalibrierung des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs, der die neu übernommen Aufgaben wie Kostenbeteiligung am kantonalen Asylwesen und Kauf der Primarschulliegenschaften enthält, die bereits im Geschäftsjahr 2017 belastet werden, können die höheren Steuereinnahmen erst ab Kalenderjahr 2018 vereinnahmt werden. Um diese Differenz auszugleichen, überweist Basel-Stadt im Jahr 2017 eine einmalige Transferzahlung von 10,967 Mio. Franken an Riehen.

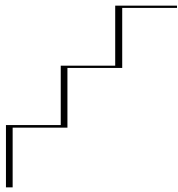
Prognostizierte Defizite

Im Politikplan 2018 bis 2021 werden die in allen vier Planjahren zu erwartenden Defizite von rund 5 Mio. Franken jährlich ausgewiesen, die durch folgende Hauptveränderungen gegenüber 2016 zu verzeichnen sind:

Im Politikbereich Gesundheit und Soziales erhöhen sich die Beiträge für die Pflegefinanzierung im Produkt „Alter und Pflege“. Gemäss Rahmenvertrag für Tagesheime und Spitex zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Verband der Basler Pflegeheim CURAVIVA erfolgt eine Tarifierungsanpassung, und im Produkt Sozialhilfe fallen durch die FILA2-Vereinbarungen Mehrkosten von 1,9 Mio. Franken für den Kostenanteil an den kantonalen Asylkosten an.

Im Politikbereich Bildung und Familie lassen die Erhöhung der Schülerinnen- und Schülerzahl in der Primarschule sowie ein erhöhter Bedarf an spezifischer Förderung „verstärkte Massnahmen“ höhere Plankosten von rund 2,9 Mio. Franken erwarten. Bei den übrigen Produkten innerhalb des Politikbereichs Bildung und Familie werden Mehrkosten von 0,8 Mio. Franken erwartet.

Wie bereits im Politikplan 2017 bis 2020 ist ebenfalls im Politikplan 2018 bis 2021 unter „finanzwirtschaftliche Eckdaten“ der eingetragene Erlös fürs Budget 2017 unverändert bei



CHF 112'388'000 belassen worden, mit einer leicht sinkenden Anpassung in den Folgejahren 2018 bis 2021.

Da planmässig von höheren Nettokosten der Produktgruppen ausgegangen wird, sind die prognostizierten Defizite nicht allein auf die vom Einwohnerrat im Dezember 2016 beschlossene Steuerfussenkung in der Einkommens- und Vermögenssteuer fürs 2017 zurückzuführen. Bewusst, dass diese Steuerfussenkung erst im Geschäftsjahr 2018 auf der Einnahmenseite massgebend sein wird, wären Sparmassnahmen auf der Ausgabenseite für einen sorgfältigen, zielführenden und wirtschaftlichen Umgang mit den Personal-, Sach- und Infrastrukturkosten innerhalb jedes Politikbereichs in der Gemeindeverwaltung und im Gemeinderat zielführend gewesen.

Im Rahmen des Politikplans 2018 bis 2021 ist sich die Finanzkoordinationskommission bewusst, dass nicht nur der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung, sondern auch die einzelnen Sachkommissionen und schlussendlich der Einwohnerrat ersucht sind, in den jeweiligen Politikbereichen Gespräche zu Kosten, Nutzen, Zweck, Investitionsbedarf etc. zu führen, die Folgekosten/nicht gebundene Kosten zu bedenken und die Gesamtkosten zu prüfen.

Systempflege

Die Finanzkoordinationskommission begrüsst es, dass in der Verwaltung und im Gemeinderat Überlegungen zu den verschiedenen Steuerungs- und Berichterstattungsinstrumenten gemacht werden.

Anträge an den Einwohnerrat

1. ://: Die Kommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, vom Politikplan 2018 bis 2021 Kenntnis zu nehmen.
2. ://: Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, dem „Beschluss des Einwohnerrats betreffend Genehmigung des Produktsummenbudgets 2018“ zuzustimmen.
3. ://: Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Steuerfuss für die Einkommenssteuer auf 40,0 % und für die Vermögenssteuer auf 47,0 % der vollen Kantonssteuer für die Steuerperiode 2018 festzulegen.

Riehen, 30. November 2017

Finanzkoordinationskommission

Die Präsidentin

Claudia Schultheiss